

Einmal Crashkurs, einmal kuscheln

Thinktanks fordern von nächster Regierung schnell harte Schnitte fürs Klimaziel. Die CDU will dafür einen "Turbo", aber keinem wehtun

Von **Bernhard Pötter**

Vier Wochen vor der Bundestagswahl ist völlig unsicher, wer demnächst das Land regiert - aber was diese Regierung tun muss, um ihre gesetzlich festgelegten Klimaziele zu erreichen, ist ziemlich klar: Schneller die erneuerbaren Energien ausbauen und raus aus der Kohleverstromung, den Verbrennungsmotoren und Ölheizungen; mehr Geld für Gebäudesanierungen und die E-Mobilität, eine andere Finanzierung der Energiewende, kurz: die "Anstrengungen zum Klimaschutz verdreifachen". Das schlagen die Thinktanks Agora Energie- und Verkehrswende und die Stiftung Klimaneutralität vor - aber irgendwie auch die CDU. Beide legten am Montag Konzepte vor, wie es nach der Wahl mit der Klimapolitik weitergehen soll.

Die Thinktanks fordern sehr konkret und kurzfristig mit einem 100-Tage-Crashkurs das "größte Klimaschutzprogramm in der Geschichte Deutschlands, egal wer regiert", wie es der Chef der Agora Energiewende Patrick Graichen formuliert. [An 22 Punkten haben die Stiftungen detailliert zusammengetragen](#), an welchen Rädchen eine neue Regierung sofort nach dem Amtseid drehen sollte, damit Deutschland wenigstens in zwei oder drei Jahren die CO₂-Reduktionen aus dem

Klimaschutzgesetz einhalten kann: Dreimal so viel Kapazitäten wie bisher für Ökostrom sollen ausgeschrieben und gebaut werden, Planungsverfahren für Anlagen und Leitungen reduziert werden. Die Kohleverstromung soll 2030 enden, der CO₂-Preis im europäischen Emissionshandel einen Mindestpreis bekommen und der nationale CO₂-Preis für Wärme und Sprit schneller steigen als bisher geplant, nämlich auf 60 Euro schon 2023.

Dafür soll die EEG-Umlage gesenkt und später abgeschafft werden, die Regierung müsse unter anderem jährlich 30 Milliarden Euro für Klima-Investitionen in den Haushalt einstellen, eine große Offensive für Gebäudesanierung und neue Heizungen starten und dabei neue Öl- und Gasheizungen ab 2024 verbieten. Außerdem den Bundesverkehrswegeplan einem "Klimastresstest" unterziehen und umweltfeindliche Subventionen streichen. Die 22 Punkte beziehen sich [auf ein ähnliches Papier mit "50 Empfehlungen für die 20. Legislaturperiode"](#), das die Thinktanks bereits im Juni vorgestellt hatten - und es ähnelt in weiten Teilen auch dem ["Klimaschutz-Sofortprogramm"](#), mit dem die Grünen in den Wahlkampf ziehen.

Nötig sind nach dem Papier von Agora/Stiftung Klimaneutralität auch staatliche Hilfen und Gesetze für den doppelt so großen Aufbau der Wasserstofftechnik und für Hilfen auf dem Weg zu Klimaneutralität, "weil der Industriestandort Deutschland wettbewerbsfähig bleiben soll", so Rainer Baake, Chef der "Stiftung Klimaneutralität". Die Vorschläge benennen konkret, welche Gesetze und Verordnungen wie angepasst werden müssten, um schnell Maßnahmen Richtung Klimaneutralität auf den Weg zu bringen. Sein Kollege Graichen betonte, dass diese Planungen nur konkretisieren würden, was das Klimaschutzgesetz der jetzigen Regierung vorschreibe: "Das sind hier keine NGO-Forderungen. Das ist die Große Koalition ernst genommen."

Deren wichtigster Vertreter hatte am Montag ebenfalls Klimatag. Nach viel Kritik an seiner Klima- und Umweltpolitik stellte CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet mit einem dreiköpfigen Team [15 Vorschläge vor, um einen "Turbo für die Erneuerbaren" zu zünden](#). Die Ideen decken sich teilweise mit den Forderungen der drei Thinktanks, sind aber grundsätzlich vorsichtiger und weniger detailliert. Immerhin fordert auch die Union einen Zubau von 10 Gigawatt jährlich an Stromerzeugung aus der Sonne, sie will auf alle Dächern Solaranlagen ermöglichen und mit zinslosen Krediten fördern - wo die Thinktanks eine **Solarpflicht** für Neubauen und Gewerbe fordern. Auch wollen jeweils Union und Thinktanks mindestens zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft reservieren und beide die EEG-Umlage abschaffen und den Strompreis senken. Viele Vorschläge und Vorstöße in diese Richtung waren in der Vergangenheit allerdings an der CDU im Bundestag gescheitert.

Mit seinem Papier präsentierte Laschet gleich noch die Bundestagsabgeordneten Andreas Jung und Thomas Heilmann sowie Wiebke Winter von der "Klimaunion" als sein Expert*innenteam. Deren Ideen fehlen ansonsten aber konkrete Daten und Ausbaupfade. Die konservativen Klimaschützer betonen lieber mehr Geld für Forschung und sehen den Bund als Klimavorreiter bei seinen Immobilien. Sie wollen mehr Handwerker als "Klimawerker", um überhaupt Solaranlagen und E-Ladesäulen zu bauen, und mehr Akzeptanz für Windanlagen erreichen durch verdichtete Windparks und "Repowering", also den Ersatz alter Windräder durch neue.



*Viel mehr Windkraft ist nötig für die Energiewende: Montage eines Windrads in NRW Rupert Oberhäuser/imago
Bernhard Pötter*

Quelle: taz.die tageszeitung vom 31.08.2021, Seite 12

Dokumentnummer: T20213108.5792739

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_fe70beb26889ccf7aba70f4ed70ab9f8b66e8a72

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH